



Wir versorgen Deutschland

Wahlprüfsteine

zur Wahl des Abgeordnetenhauses

in Berlin

2023

**Alle Fragen von WvD zur Gesundheitspolitik im Bereich der Hilfsmittelversorgung
und die zugehörigen Antworten der Parteien.**

Einleitung

Etwa ein Viertel der Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung benötigt eine Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln. Eine qualitativ hochwertige Hilfsmittelversorgung durch die Sanitätshäuser und Gesundheitshandwerke ist ein wichtiger Baustein für die Sicherung der Teilhabe und Lebensqualität der betroffenen Patientinnen und Patienten. Sie gewährleistet den Erfolg von Krankenbehandlung, beugt drohenden Behinderungen vor oder gleicht bereits bestehende Handicaps aus. Mehr als 120.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie mehr als 8.000 Leistungserbringer in den Bereichen Orthopädietechnik, Orthopädieschuhtechnik, Reha-Technik und Homecare verantworten die wohnortnahe und qualitätsgesicherte Versorgung dieser Patientinnen und Patienten in Deutschland.

Viele Entscheidungen, welche die Hilfsmittelbranche betreffen, werden nicht direkt auf Landesebene getroffen, trotzdem besitzen die Bundesländer eigene Gestaltungsräume sowie die Möglichkeit, entsprechenden bundespolitischen Einfluss zu nehmen.

Frage 1: Sicherung der Versorgung

Welche Maßnahmen planen Sie, um in Berlin auch künftig eine hochwertige, wohnortnahe Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln im ambulanten, stationären und häuslichen Bereich zu sichern?

SPD

Vorbemerkung: Die Antwort der SPD Berlin auf die Wahlprüfsteine war nicht entlang der einzelnen Fragen aufgeschlüsselt. Daher wird der Übersichtlichkeit halber an dieser Stelle einmal der komplette Antworttext wiedergegeben und bei den übrigen Fragen nur noch auf diesen verwiesen.

Unser Programm, mit dem wir 2021 angetreten sind, ist auf fünf Jahre ausgelegt. Es gilt weiterhin, auch bei der Wiederholung der Wahl am 12. Februar 2023. Die meisten unserer Vorschläge und Ideen konnten wir im Koalitionsvertrag einbringen, vieles ist in der Umsetzung oder sogar bereits umgesetzt. Ergänzend dazu haben wir einen Leitantrag zu den aktuellen Herausforderungen aus der Energiepreis- und Teuerungskrise beschlossen. All das und viele weitere Informationen finden Sie auf unserer Internetseite unter <https://spd.berlin/wahl>.

Eine gute Gesundheitsversorgung für alle Berlinerinnen und Berliner sicherzustellen, die von höchster Qualität und nah am Wohnort ist, hat für uns als SPD höchste Priorität. Auf den besonderen Status von Gesundheit und Pflege, die wir ganz klar als Menschenrechte betrachten, verweisen wir auch in unserem Wahlprogramm. Wir halten es für eine der wichtigsten staatlichen Aufgaben, für ein funktionierendes Gesundheitssystem zu sorgen. Die Versorgung der Bevölkerung mit medizinischen



Hilfsmitteln gehört für uns selbstverständlich zu diesem Aufgabengebiet. Die Folgen der starken Kostensteigerungen der letzten Monate versuchen wir in allen Bereichen des täglichen Lebens abzufedern, und auch der Abbau von bürokratischen Hürden ist ein Punkt, den wir in unserem Programm an verschiedenen Stellen ansprechen. Digitale Lösungen, die die Versorgungsqualität steigern sollen, streben wir im Bereich Pflege selbstverständlich an. Gesundheitsberufe zu stärken ist ein zentrales Anliegen der SPD in Berlin. Dazu gehört für uns gute Bezahlung ebenso wie gute Arbeitsbedingungen.

Die Gesundheitswirtschaft in der Metropolregion wollen wir insgesamt stärken. Wir brauchen ein klares Leitbild für die nächsten Jahrzehnte. Für die SPD ist klar: eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung kann am besten durch eine Neuordnung der Rollenverteilung zwischen ambulantem und stationärem Sektor, durch eine Überwindung der Sektorengrenzen und eine gute Koordination und Kooperation der medizinischen, psychotherapeutischen und pflegerischen Berufe gelingen. Wir brauchen darum eine stärkere Öffnung von Krankenhäusern für ambulante, teambasierte und interdisziplinäre Formen der Versorgung. Dann kann auch dessen sozialpolitisch wichtigste Aufgabe, die wirtschaftlich Schwächeren in Gesundheitsfragen zu unterstützen, besser gemeistert werden. Vielfach sind mit gesundheitlichen auch sozialen Problemen verbunden. Wir wollen deshalb die „Kombi-Praxis mit Sozialberatung“ ausweiten und konnten dies bereits im aktuellen Koalitionsvertrag zugunsten eines Landesprogrammes für Integrierte Gesundheitszentren fest-schreiben. In schlechter versorgten Quartieren wollen wir mit den „Kombi-Praxen“ vernetzte Angebote schaffen, nach dem Beispiel erweiterter medizinischer Versorgungszentren (MVZ). Die medizinische Versorgung durch Arztpraxen sollte durch einen kinderärztlichen Bereitschaftsdienst ergänzt werden, der Kinder und Jugendliche in Notfällen zu Hause behandelt. Erst kürzlich hat sich unsere Spitzenkandidatin und Regierende Bürgermeisterin gemeinsam mit der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus auch dafür ausgesprochen, einerseits eine zusätzliche Kinderklinik an der Charité zu etablieren und andererseits eine stärkere Bedarfsplanung der niedergelassenen Kinderärzt*Innen zu forcieren und an aktuelle Entwicklungen anzupassen. Gerade Kinderkliniken brauchen stärkere landespolitische Unterstützung durch ein Landesinvestitionsprogramm. Ein ausreichendes und gut ausgebildetes Pflegepersonal ist das Rückgrat einer bedarfsgerechten pflegerischen Versorgung. Wir werden die Ausbildungszahlen und Studienplätze für alle Gesundheits- und Pflegeberufe deutlich erhöhen und am Personalbedarf orientieren. Auch die Anzahl der Studienplätze für Lehrkräfte wird dem Bedarf angepasst und ein berufsbegleitendes Studium angeboten. Ebenso sprechen wir uns für eine Änderung der Landesausbildungsverordnung aus, um noch mehr hochqualifizierte Pflegekräfte für die Kinderstationen auszubilden.

Detaillierte Ausführungen finden Sie in unserem [Wahlprogramm](#) im Kapitel Gesundheitsstadt Berlin ab Seite 30. Mit Blick auf die erfragten Details zu Kostensteigerungen, Entbürokratisierung, Europäischer Patientenakte und EU-Medizinprodukteverordnung würde wir Ihnen gerne den Kontakt zur den Fachpolitiker*Innen auf Bundesebene empfehlen.

B 90 / Die Grünen

Die Rahmenbedingungen für eine bedarfsgerechte Versorgung werden v.a. auf Bundesebene definiert. Perspektivisch ist eine stärkere Verzahnung verschiedener Verkaufskanäle sicherlich



sinnvoll – was ja branchenintern auch immer wieder thematisiert wird.

CDU

Die CDU Berlin steht für ein Gesundheitssystem, das jeder Bürgerin und jedem Bürger eine Versorgung auf höchstem Niveau ermöglicht. Unser oberstes Ziel ist es, dass jeder in unserer Stadt Zugang zu einer guten wohnortnahen ambulanten medizinischen Versorgung hat – auch am Stadtrand.

Ihre Fragen befassen sich im Allgemeinen – wie Sie selbst zutreffend feststellen – mit bundespolitischen Themen und Entscheidungen. Als CDU-Landesverband sind wir jedoch vorrangig für die Belange und Themenstellungen des Landes und der Stadt Berlin zuständig. Daher möchten wir Sie herzlich um Verständnis bitten, dass wir Ihren Fragenkatalog aus Perspektive unseres Landesverbandes nicht umfassend beantworten können. In unserem „Berlin-Plan“ zur Abgeordnetenhauswahl 2023 (<https://cdu.berlin/berlinplan>) finden Sie unsere gesundheitspolitischen Forderungen.

Die Linke

Für DIE LINKE. ist der Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung ein Grund- und Menschenrecht. Die Ökonomisierung des Gesundheitssektors lehnen wir ab, weil dadurch die Gewinnmaximierung ins Zentrum gerückt wird, anstelle der Patient:innen. Zudem ist die Frage des Zugangs zu einer guten Gesundheitsversorgung und der Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln in unserer Gesellschaft leider auch ein soziales Problem. Der soziale Status ist der wichtigste Einflussfaktor auf die Gesundheit und auch die Versorgung mit qualitativ hochwertigen medizinischen Hilfsmitteln. Daher legen wir den Fokus auf eine gute Sozialpolitik und Armutsprävention, die immer auch Gesundheitsprävention bedeutet.

FDP

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass jede Patientin und jeder Patient die beste Versorgung erhält. Dafür muss die Gesundheitsversorgung künftig umfassend, regional und patientenzentriert gedacht werden. Wir wollen die künstliche Sektorenbarriere zwischen dem ambulanten und dem stationären Versorgungsbereich konsequent abbauen und die Verzahnung und Vernetzung aller Versorgungsbereiche weiterentwickeln. Den Rettungsdienst wollen wir modernisieren und die Notfallversorgungsstrukturen bedarfsgerechter und vernetzter gestalten. Integrierte Gesundheitszentren sollen dabei unterstützen, die regionale Grundversorgung mit ambulanten und kurzstationären Behandlungen zu sichern. Die Bedürfnisse des ländlichen Raums mit seiner besonderen Versorgungsstruktur sollen durch entsprechende Programme berücksichtigt werden. Wir lassen uns weiterhin vom Grundsatz „ambulant vor stationär“ leiten. Die gesetzlichen Vergütungsregelungen erschweren es derzeit, Behandlungsmethoden aus dem Krankenhaus in den ambulanten Sektor zu überführen. Für die Dauer der Entscheidungsverfahren muss die stationäre Vergütung erhalten bleiben, damit keine Patientin und kein Patient unversorgt bleibt.

Frage 2: Kostensteigerungen

Laut einer Branchen-Umfrage von WvD an die Hilfsmittelleistungserbringer im November 2022 beurteilen ca. 60 Prozent der antwortenden Betriebe ihre aktuelle wirtschaftliche Lage als schlecht oder eher schlecht. Knapp 80 Prozent geben an, stark oder sehr stark von Preissteigerungen wie steigenden Energie-, Treibstoff-, Material-, Lohn- oder Logistikkosten in der Hilfsmittelversorgung betroffen zu sein. Zugleich erhält nach eigenen Angaben über die Hälfte der Unternehmen keine Kostenerstattung für diese Steigerungen durch die Krankenkassen. Zudem gehen fast drei Viertel der Betriebe davon aus, von den Entlastungsprogrammen der Bundesregierung, insbesondere den Preisbremsen, nicht oder kaum zu profitieren. In der Folge rechnen zwei Drittel mit starken oder sehr starken Einschränkungen bei der Hilfsmittelversorgung.

Welche Maßnahmen planen Sie, um zu verhindern, dass es in Berlin durch die aktuell massiv gestiegenen Energie-, Treibstoff-, Material-, Lohn- oder Logistikkosten zu Engpässen bei der Versorgung der Bevölkerung mit medizinischen Hilfsmitteln kommt?

SPD

Siehe Antwort und zugehörige Vorbemerkungen bei Frage 1.

B 90 / Die Grünen

Kostensteigerungen betreffen leider viele Branchen – im Kontext der Gesundheitsversorgung sowie in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge kann dies besonders dramatische Folgen haben, die es gilt abzufedern.

CDU

Siehe Antwort bei Frage 1.

Die Linke

Die aktuelle Krise stellt eine erhebliche gesamtgesellschaftliche Herausforderung dar. Daher hat die aktuelle rot-grün-rote Regierungskoalition für Berlin neben dem Entlastungspaket des Bundes ein eigenes, umfangreiches Entlastungspaket aufgelegt, in dem unter anderem auch Hilfen für Berliner Unternehmen enthalten sind. Mit den „Liquiditätshilfen Energie“ stellen wir 100 Millionen Euro für Berliner Unternehmen bereit, um die Wirtschaft in der Energiekrise zu unterstützen und Arbeitsplätze zu erhalten. Bei sich verändernder Lage sind auch weitere Maßnahmen denkbar.

FDP

Wir Freie Demokraten wollen die Versorgung mit Arzneimitteln und Impfstoffen jederzeit gewährleisten. Engpässe in der Versorgung müssen vermieden und bekämpft werden. Dazu sind Maßnahmen zu ergreifen, die das Ziel haben, die Herstellung von Arzneimitteln nach Deutschland oder die EU zurück zu verlagern. Im Mittelpunkt stehen dabei der Abbau von Bürokratiepflichten, die Prüfung von Investitionsbezuschungen für Produktionsstätten, sowie die Prüfung von Zuschüssen zur Gewährung der Versorgungssicherheit.

Frage 3: Entbürokratisierung

In der genannten Umfrage von WvD gaben zwei Drittel der antwortenden Unternehmen an, mehr als 30 Prozent ihrer Zeit allein für die Bürokratie- und Dokumentationspflichten in der Hilfsmittelversorgung aufzuwenden. Fast 90 Prozent erwarten dabei für die Zukunft noch eine weitere Steigerung der Bürokratiepflichten in der Versorgung. Als Bürokratietreiber gaben die Betriebe u.a. die hohe Vertragsvielfalt zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern (ca. 90 Prozent), die Auswirkungen der EU-Medizinprodukteversorgung (MDR) mit ca. 80 Prozent sowie die uneinheitlichen Umsatzsteuersätze auf Hilfsmittel (ca. 60 Prozent) an.

a) Einheitlicher Umsatzsteuersatz

Vergleichbare Hilfsmittel werden teilweise mit unterschiedlichen Umsatzsteuersätzen belegt. Obwohl die Umsatzsteuer für Sanitätshäuser ein „durchlaufender“ Faktor ist, führt sie regelmäßig in der Praxis zu Abrechnungsproblemen zwischen Leistungserbringern und Kassen und einem hohen bürokratischen Aufwand. Zugleich bedeutet dies eine erhebliche Rechtsunsicherheit für die Sanitätshäuser im Verhältnis zu den Finanzbehörden, etwa durch die Gefahr des unerlaubten Vorsteuerabzuges. Auch die Aussagen der zuständigen Zolltarifbehörden zur Besteuerung bieten für die Betriebe keine Rechtsicherheit.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass medizinische Hilfsmittel künftig einheitlich mit dem ermäßigten Umsatzsteuersatz belegt werden?

SPD

Siehe Antwort und zugehörige Vorbemerkungen bei Frage 1.

B 90 / Die Grünen

Die gestellten Fragen betreffen die Regelungskompetenz des Bundes. Die Möglichkeiten, die Gesundheitspolitik im Bund positiv zu verändern, nutzen wir Grüne auf unterschiedliche Weise: Als Grüner Landesverband in parteiinternen Abstimmungen, als Abgeordnetenhausfraktion durch parlamentarische Arbeit, durch die grün geführte Senatsverwaltung für Gesundheit in den Gremien wie bspw. der Gesundheitsministerkonferenz oder Bund-Länder-AGen und im Bundesrat.

CDU

Siehe Antwort bei Frage 1.

Die Linke

Der Zugang zu medizinischen Hilfsmitteln muss für alle in Deutschland lebende Menschen unabhängig vom sozialen Status gleichermaßen gewährleistet sein. Abgesehen davon, dass über die Umsatzsteuerregelung auf Bundesebene entschieden wird, halten wir vor allem reduzierte Zuzahlungen und den Ausbau des Leistungskatalogs der Krankenkassen für sinnvoll.

FDP

Die Teilfragen werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet. Wir Freie

Demokraten wollen die Entbürokratisierung des Gesundheitswesens vorantreiben. Dazu fordern wir eine „Bepreisung“ der Bürokratie- und Berichtspflichten. Bezahlen soll sie künftig die Person, die sie anfordert. Das schärft den Fokus auf die Behandlung und Pflege von Patientinnen sowie Patienten und verhindert kleinteilige Gesetze und Verordnungen. Seit Jahren klagen sämtliche Akteure im Gesundheitswesen über zunehmende bürokratische Auflagen, die nicht zu einer Verbesserung der Versorgung führen. Im Gegenteil: Es bleibt weniger Zeit für die Patientinnen und Patienten.

b) Leitverträge

Aufgrund der Vielzahl von Einzelverträgen zwischen Kassen und Leistungserbringern ist der Verwaltungsaufwand im Hilfsmittelbereich höher als in jedem anderen Versorgungsbereich. Zugleich ist dieser Bereich dadurch von einer hohen Intransparenz geprägt.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass künftig Verträge gem. §127 SGB V grundsätzlich durch die maßgeblichen Spitzenverbände der Leistungserbringer sowie die maßgeblichen sonstigen Zusammenschlüsse von Leistungserbringern und den Krankenkassen als Leitverträge verhandelt werden?

SPD

Siehe Antwort und zugehörige Vorbemerkungen bei Frage 1.

B 90 / Die Grünen

Siehe Antwort bei Frage 3a).

CDU

Siehe Antwort bei Frage 1.

Die Linke

Gesundheit muss als Teil des Sozialstaats öffentlich organisiert werden. Regionale Versorgungszentren sollen mittelfristig zum Rückgrat der wohnortnahen Gesundheitsversorgung werden. Wir wollen gemeinsame Planungsgremien auf Landesebene unter Beteiligung von Patient:innenvertretung, Ländern und Kommunen, Ärzt:innen, Krankenhäusern und Krankenkassen sowie weiterer Leistungserbringer. Im Fokus soll dabei immer die qualitativ hochwertige, sektorenübergreifende und wohnortnahe Versorgung stehen. Inwieweit Leitverträge dabei unterstützen können, ist zu prüfen. In jedem Fall ist eine Reform des §127 SGB V bundesrechtlich zu regeln.

FDP

Siehe Antwort bei Frage 3a).

c) EU-Medizinprodukteverordnung (MDR)

Die Umsetzung der EU-Medizinprodukteverordnung ist für die Hersteller und Versorger von Hilfsmitteln eine große Herausforderung. Hersteller kündigen an, dass aufgrund des hohen bürokratischen Aufwandes im Zusammenhang mit der MDR teilweise alternativlose Produkte nicht mehr zur Verfügung stehen könnten. Auch bei der Umsetzung für die individuelle Versorgung durch die sog. Sonderanfertiger besteht weiterhin Klärungsbedarf.

Welche Maßnahmen planen Sie, um die Probleme bei der Umsetzung der MDR zu beseitigen?

SPD

Siehe Antwort und zugehörige Vorbemerkungen bei Frage 1.

B 90 / Die Grünen

Siehe Antwort bei Frage 3a).

CDU

Siehe Antwort bei Frage 1.

Die Linke

Wir unterstützen die höheren Anforderungen an die Sicherheit und Leistung von Medizinprodukten. Mit der MDR wird sichergestellt, dass diese regelmäßig überwacht werden. So können im Sinne der Produktqualität unerwünschte Ereignisse und Mängel schneller erkannt und gemeldet werden. Inwieweit das EU-Recht ggf. Probleme für die Hersteller verursacht, können wir leider nicht prüfen.

FDP

Siehe Antwort bei Frage 3a).

d) Allgemeiner Bürokratieabbau:

Welche weiteren Maßnahmen planen Sie zum Bürokratieabbau in der Hilfsmittelversorgung zu ergreifen?

SPD

Siehe Antwort und zugehörige Vorbemerkungen bei Frage 1.

B 90 / Die Grünen

Die Entbürokratisierung im Gesundheitswesen ist uns schon lange ein Anliegen – allerdings sind Dokumentationspflichten bundesweit einheitlich geregelt und festgelegt; daher sind die Einflussmöglichkeiten der Landespolitik hier begrenzt. Die gestellten Fragen betreffen die Regelungskompetenz des Bundes. Die Möglichkeiten, die Gesundheitspolitik im Bund positiv zu verändern, nutzen wir Grüne auf unterschiedliche Weise: Als Grüner Landesverband in parteiinternen Abstimmungen, als Abgeordnetenhausfraktion durch parlamentarische Arbeit, durch die grün geführte Senatsverwaltung für Gesundheit in den Gremien wie bspw. der Gesundheitsministerkonferenz oder Bund-Länder-AGen und im Bundesrat.

CDU

Siehe Antwort bei Frage 1.

Die Linke

Der überbordende Bürokratismus trifft nicht nur die Hilfsmittelversorgung. Er ist überall im Gesundheitssystem zu beobachten und Ausdruck der zunehmenden Ökonomisierung. Grundsätzlich sind wir für bürokratieärmere Prozesse in der Gesundheitsversorgung mit dem Ziel, mehr Zeit für die medizinische Versorgung und Beratung der Patient:innen zu erreichen. Gleichzeitig müssen Qualitätsstandards gewahrt bleiben.

FDP

Siehe Antwort bei Frage 3a).

Frage 4: Digitalisierung

a) Elektronische Patientenakte (ePA):

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Hilfsmittelleistungserbringer Zugang zu allen für die Hilfsmittelversorgung relevanten Informationen in der elektronischen Patientenakte erhalten (Lese- und Schreibzugriff auf die ePA) und die gematik auch die TI-Prozesse im Bereich der eVerordnung von Hilfsmitteln als zentrale Steuerungsstelle verantworten wird?

SPD

Siehe Antwort und zugehörige Vorbemerkungen bei Frage 1.

B 90 / Die Grünen

Der Zugang zur Telematik Infrastruktur sieht perspektivisch die Einbindung aller Leistungserbringende vor, was wie sehr begrüßen, da Patient*innen letztendlich von einer besser vernetzten Versorgung profitieren. Diese in der Gesetzgebung zu regelnder Struktur ist nicht nur ein ureigenes Interesse der Selbstverwaltung der Leistungserbringende. Jedoch ist der spezifische Zugang zu spezifischen Anwendungen, die Zugriffsrechte, oder auch der Datenschutz durch Bundesbehörden (z.B. BSI) geregelt und Bedarf deshalb einer bundesweit einheitlichen Regelung.

CDU

Siehe Antwort bei Frage 1.

Die Linke

Der Trend zur digitalen Erfassung und Verarbeitung von Gesundheitsdaten zum Beispiel durch die Krankenkassen und durch private Anbieter von Gesundheits-Apps ist unübersehbar. Unserer Meinung nach fehlt es hier genau wie bei der elektronischen Patientenakte (ePa) an gesetzlichen Regelungen, die den Datenschutz und die informationelle Selbstbestimmung sicherstellen. Auf der Bundesebene setzen wir uns daher für den Schutz von sensiblen Gesundheitsdaten ein. In jedem Fall muss eine Weiterverarbeitung aus Profitinteresse verhindert werden.

FDP

Die Teilfragen werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet. Wir Freie Demokraten wollen die Digitalisierung im Gesundheitswesen durch klare und transparente Rahmenbedingungen voranbringen. Dazu benötigen wir offene Standards, Interoperabilität und Datensicherheit. Die Vernetzung zwischen allen Gesundheitsakteuren sowie Patientinnen und Patienten muss digital ausgestaltet sein. Nur so ist eine schnelle Verfügbarkeit der Patientinnen- und Patientendaten sicherzustellen. Die Digitalisierung ist kein Wert an sich, sondern sie hat das Potential, den Arbeitsalltag von allen Gesundheitsaktionen zu erleichtern. Krankenhäuser sind Innovationsmotoren in der Krankenversorgung. Digitale Infrastruktur und robotische Assistenzsysteme wollen wir hier gezielt fördern.

b) Makelverbot:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass eine Klarstellung für das Makelverbot mit elektronischen Rezepten gem. § 33 (6) auch „für Dritte“ gilt und damit ein provisionsbasierter Handel über digitale Drittanbieter von Plattformen verhindert wird, wie es bei Arzneimittelrezepten bereits der Fall ist?

SPD

Siehe Antwort und zugehörige Vorbemerkungen bei Frage 1.

B 90 / Die Grünen

Die gestellten Fragen betreffen die Regelungskompetenz des Bundes. Die Möglichkeiten, die Gesundheitspolitik im Bund positiv zu verändern, nutzen wir Grüne auf unterschiedliche Weise: Als Grüner Landesverband in parteiinternen Abstimmungen, als Abgeordnetenhausfraktion durch parlamentarische Arbeit, durch die grün geführte Senatsverwaltung für Gesundheit in den Gremien wie bspw. der Gesundheitsministerkonferenz oder Bund-Länder-AGen und im Bundesrat.

CDU

Siehe Antwort bei Frage 1.

Die Linke

Provisionsbasierter Handel von Rezepten schränkt nicht nur die freie Anbieter- bzw. Apothekenwahl ein, sondern gefährdet auch die Versorgungsqualität. Auf der Bundesebene setzen wir uns daher für ein Makelverbot auch für Dritte ein.

FDP

Siehe Antwort bei Frage 4a).

c) Telematik-Infrastruktur:

Werden Sie sich zudem dafür einsetzen, dass – analog zu der Erstausrüstung von Ärztinnen und Ärzten – auch alle nicht-ärztlichen Leistungserbringer die Erstausrüstung an Hard- und Software für die Anbindung an die Telematikinfrastruktur durch die Krankenkassen finanziert bekommen und der gesetzlich fixierte Start zum 1.7.2024 realisiert werden kann?

SPD

Siehe Antwort und zugehörige Vorbemerkungen bei Frage 1.

B 90 / Die Grünen

Die Erfahrungen, die aktuell mit der Anbindung bspw. der Heilmittelerbringer an die TI gemacht werden, werden auch Auswirkungen auf die Art der Einbindung neuer Branchen haben. Die konkrete Ausgestaltung kann nur auf Bundesebene erfolgen; daher sind die Einflussmöglichkeiten der Landespolitik hier begrenzt. Die Möglichkeiten, die Gesundheitspolitik im Bund positiv zu verändern, nutzen wir Grüne auf unterschiedliche Weise: Als Grüner Landesverband in parteiinternen Abstimmungen, als Abgeordnetenhausfraktion durch parlamentarische Arbeit, durch die grün geführte Senatsverwaltung für Gesundheit in den Gremien wie bspw. der Gesundheitsministerkonferenz oder Bund-Länder-AGen und im Bundesrat.

CDU

Siehe Antwort bei Frage 1.

Die Linke

Für DIE LINKE. ist insbesondere wichtig, dass allen Patient:innen auch weiterhin der analoge Zugang möglich bleibt. Wir setzen daher auf die Freiwilligkeit von digitalen Anwendungen im Gesundheitsbereich.

FDP

Siehe Antwort bei Frage 4a).

Frage 5: Stärkung der Gesundheitsberufe

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Gesundheitshandwerke bzw. Expertinnen und Experten der Leistungserbringer mit ihrer Expertise bei Fragen der Hilfsmittelversorgung in die Struktur der Selbstverwaltung verbindlich einbezogen werden, insbesondere in Hinblick auf die Setzung von Qualitätsstandards und die Fortschreibung des Hilfsmittelverzeichnisses?

SPD

Siehe Antwort und zugehörige Vorbemerkungen bei Frage 1.

B 90 / Die Grünen

Die Selbstverwaltungsorgane, deren Aufgaben, Pflichten und Rechte sind auf Bundesebene festgelegt und müssten auf dieser Ebene angepasst werden; daher sind die Einflussmöglichkeiten der Landespolitik hier begrenzt. Die Möglichkeiten, die Gesundheitspolitik im Bund positiv zu verändern, nutzen wir Grüne auf unterschiedliche Weise: Als Grüner Landesverband in parteiinternen Abstimmungen, als Abgeordnetenhausfraktion durch parlamentarische Arbeit, durch die grün geführte Senatsverwaltung für Gesundheit in den Gremien wie bspw. der Gesundheitsministerkonferenz oder Bund-Länder-AGen und im Bundesrat.

CDU

Siehe Antwort bei Frage 1.

Die Linke

Zu dieser Frage liegt uns keine Antwort von Die Linke vor.

FDP

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass auch weiterhin die Freien Berufe im Gesundheitswesen gestärkt werden. Niedergelassene Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte, Tierärztinnen und Tierärzte, Apothekerinnen und Apotheker, Heilmittelerbringerinnen und Heilmittelerbringer sowie Hebammen und Geburtshelfer müssen in medizinischen Fragen autonom und frei von Weisungen Dritter entscheiden können. Denn die Therapiefreiheit der Behandlung ohne Budgetierungszwang kommt den Patientinnen und Patienten zugute.

Eine Zusammenfassung der Ergebnisse der im Text genannten WvD-Branchen-Umfrage 2022 können Sie der [Homepage von „Wir versorgen Deutschland“](#) entnehmen.

Über „Wir versorgen Deutschland“ (WvD)

Das Bündnis **Wir versorgen Deutschland e.V.** setzt sich für eine qualitätsgesicherte, wohnortnahe und individuelle Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln ein. Die Mitglieder zählen zu den maßgeblichen Spitzenverbänden und Zusammenschlüssen von Leistungserbringern im Hilfsmittelbereich. Zu dem Bündnis gehören der Bundesinnungsverband für Orthopädie-Technik, die EGROH-Service GmbH, die ORTHEG eG, die Reha-Service-Ring GmbH, die rehaVital Gesundheitsservice GmbH sowie die Sanitätshaus Aktuell AG.

Berliner Büro

Lützowstraße 102-104

Aufgang C, 5. OG

10785 Berlin

info@wirversorgendeutschland.de

www.wirversorgendeutschland.de

[BT-Lobbyregister-Nr.:](#) R004824

[Verhaltenskodex BT-Lobbyregister](#)

Anmerkung: Evtl. Rechtschreib- und Grammatikfehler in den Antworten der Parteien wurden nicht korrigiert. Ggf. einleitende persönliche Anreden wurden entfernt. Erläuterungen und Verweise auf gleich lautende sowie fehlende Antworten sind kursiv markiert.